

Sehr geehrte Frau Malzahn, sehr geehrte MitgliederInnen des Kasseler Friedensforums,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Da es sich um insgesamt 17 Einzelfragen handelt, versuche ich mich bei jedem Punkt so kurz wie möglich zu fassen. Da ich, wie Sie sicherlich wissen, in meinem Wahlkreis erneut als direkt von den BürgerInnen gewählter Abgeordneter in den Bundestag einziehen möchte, teile ich in vielen Fällen meine persönliche Position mit, für die ich mich einsetze und, sollte ich gewählt werden, auch weiterhin einsetzen werde!

1. Werden Sie sich für ein restriktives Rüstungskontrollgesetz einsetzen, das Rüstungsexporte aus Deutschland generell verbietet?

Vorab - zur Vertiefung unserer Pläne für die nächste Legislaturperiode empfehle ich die Lektüre unseres SPD-Zukunftsprogramms. Dieses finden Sie hier: <https://www.spd.de/zukunftsprogramm/>

Ich werde mich für ein restriktives Rüstungskontrollgesetz einsetzen. Bei der Genehmigung von Rüstungsexporten müssen menschenrechtliche Fragen noch stärker berücksichtigt werden als dies bisher der Fall ist. Auch sollten Waffenlieferungen in Krisenregionen unterbunden werden. Wir wollen darüber hinaus das Instrument der nachträglichen Kontrollen des Endverbleibs (sogenannte Post-Shipment-Kontrollen), ob also in Drittländer exportierte Rüstungsgüter nachprüfbar in der Verfügungsgewalt des Empfängers sind, fortsetzen und auf jegliche Rüstungsexporte einschließlich militärischer Großgeräte ausweiten, da es sich bei Kleinwaffen bewährt hat. Dem Parlament soll die Regierung einen regelmäßigen Post-Shipment-Bericht vorlegen.

2. Wenn Rüstungskonzerne ihre Produktion durch technische Unterstützung im Ausland, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen internationalisieren, werden deutsche Regularien umgangen. Was tun Sie dagegen?

Wir müssen die Regelungslücke, die es deutschen Herstellern ermöglicht, über die Auslagerung von Rüstungsproduktionen ins Ausland die strengen Exportrichtlinien zu umgehen, durch eine Änderung der Außenwirtschaftsverordnung schließen.

3. Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen?

Mit den Kleinwaffengrundsätzen von 2015 und der Verpflichtung im Koalitionsvertrag, grundsätzlich keine Kleinwaffen in Drittstaaten zu exportieren, haben wir bereits große Fortschritte bei der Eindämmung dieser Exporte erzielt. Auf diesen Erfolg sollten wir aufbauen und diese äußerst restriktive Genehmigungspraxis gegenüber Drittländern fortsetzen. Wir sollten uns im EU-Rahmen nachdrücklich dafür einsetzen, dass sich die EU-Definition von Kleinwaffen an der weitergehenden UN-Definition orientiert, damit zum Beispiel auch Pistolen und Scharfschützengewehre endlich in diese Kategorie aufgenommen werden. Als ersten Schritt sollte Deutschland diese beiden Waffen in die nationalen Kleinwaffengrundsätze aufnehmen. Auch sollten wir den Export deutscher Rüstungsgüter in Drittstaaten außerhalb von EU-, NATO- und gleichgestellten Ländern weiter einschränken. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Internationalen Waffenhandelsabkommens (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation! Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen.

4. Wird sich Ihre Partei für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages einsetzen?

Ich setze mich im Rahmen der Erklärung der Organisation ICAN Deutschland e.V. für die Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrages in Deutschland ein. Deshalb habe ich die öffentliche Erklärung der ICAN unterzeichnet. Sie finden diese hier, indem Sie auf diesen Link klicken:  
<https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/> .

5. Ist der Abzug der in Büchel stationierten US-Atomwaffen, wie vom Bundestag im Jahr 2010 beschlossen, für Ihre Partei ein erstrebenswertes Ziel?

Die Verhinderung der Verbreitung und des Einsatzes atomarer, biologischer und chemischer Waffen (ABC-Waffen) gehört zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Unser Ziel ist dabei die vollständige weltweite Abrüstung der bestehenden Arsenale von Massenvernichtungswaffen. Dazu gehören auch die in Deutschland stationierten US-Nuklearwaffen.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Ja, meine Position ist die vollständige Abrüstung aller Atomwaffen. Das schließt die Anschaffung von Atomwaffen-Trägerflugzeugen mit ein.

7. Was wird Ihre Partei tun, um von der Politik der militärischen Interventionen und Kampfeinsätzen abzurücken?

Es gibt militärische Einsätze unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen, an denen auch die deutsche Bundeswehr beteiligt ist. Dazu bedarf es aber der Zustimmung des Bundestages (Parlamentarvorbehalt). In jedem Fall sollen militärische Einsätze ein letztes Mittel und die absolute Ausnahme bleiben und legitimiert durch einen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Militärische Einsätze sind nicht der Kern unserer Außenpolitik.

8. Was tut Ihre Partei, um das übergeordnete Gewaltverbot der UN in Art. 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen, das allen Mitgliedsstaaten die Anwendung militärischer Gewalt verbietet, durchzusetzen?

Wir Sozialdemokraten setzen uns traditionell für die Stärkung des Völkerrechts und die Bewahrung des Friedens und die Achtung der Menschenrechte weltweit ein! Dazu gehört unser Engagement in den Vereinten Nationen.

9. Was möchte Ihre Partei konkret gegen Kriegsursachen, wie Armut, Klimawandel und Ausbeutungsverhältnisse, tun?

In dieser Legislaturperiode haben wir, teilweise gegen erhebliche Widerstände von CDU und CSU, erstmals ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Im Zuge dieses umfassenden Klimaschutzgesetzes bekommen die klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Preis, und alle betroffenen Sektoren wie Industrie, der Gebäude- und Verkehrsbereich sowie die Landwirtschaft müssen verbindliche Einsparungen bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen erzielen. Die Einhaltung dieser Ziele wird überprüft und bei Nichterfüllung muss das jeweilige Ressort konkrete Gegenmaßnahmen vorlegen.

Bei Themen wie Bekämpfung von Armut und Ausbeutung weltweit haben wir, vorangetrieben durch das Engagement unseres Bundesarbeitsministers Hubertus Heil, aber auch vielen anderen Beteiligten, das Lieferkettengesetz beschlossen. Dieses erlegt es Unternehmen ab einer bestimmten Größe auf, für die Einhaltung der Menschenrechte ihrer Zulieferer auch im Ausland Sorge zu tragen. Die Unternehmen müssen Hinweise auf mögliche Verstöße nachgehen und werden bei Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen mit hohen Bußgeldern und empfindlichen Wettbewerbsstrafen belegt.

In unserem aktuellen Zukunftsprogramm verpflichten wir uns, im Rahmen des Europarats die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu stärken. Gerichtsurteile müssen von allen Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden. Wir sind für einen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

10. Welche zivilen Krisenpräventionsmaßnahmen sieht ihre Partei im Falle von Konflikten vor?

Als Teil der Bundesregierung haben wir in der letzten Legislaturperiode, am 14. Juni 2017, die Leitlinien "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern" verabschiedet. Parallel haben wir uns im Deutschen Bundestag engagiert in die Arbeit des Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Vernetztes Handeln“ eingebracht, der mittlerweile seit drei Legislaturperioden arbeitet. In diesem Rahmen haben wir unsere friedenspolitischen Instrumente weiterentwickelt. Zentrale Empfehlungen sind die Stärkung von Mediation und diplomatischen Verhandlungen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Monitorings- und Evaluierungskapazitäten weiter ausgebaut werden sollen. Der ressortübergreifende Ansatz, die enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und die Kooperation mit internationalen Partnern wie EU, Vereinten Nationen und OSZE bilden das Gerüst für die zügige Umsetzung der Leitlinien. Die Leitlinien halten fest, dass unser Engagement nur dann effektiv sein kann, wenn wir die Wechselwirkungen mit anderen Politikfeldern im Blick behalten. Wir ermutigen die Bundesregierung, die globale Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik, die sowohl konfliktverschärfende als auch vorbeugende Wirkungen haben kann, stärker zu berücksichtigen. Der erste Umsetzungsbericht wurde in diesem Jahr vorgelegt, in vier Jahren soll der nächste folgen.

11. Hält Ihre Partei am 2% Ziel des BIP für Militärausgaben fest, was zukünftig eine annähernde Verdoppelung des Rüstungsetats bedeuten würde?

Nein. Notwendige Aufwendungen zum Schutz unseres Landes und unserer Soldatinnen und Soldaten sollten getätigt werden, allerdings ohne starre Formeln für Ausgaben. Dazu gehört auch die Modernisierung der Ausrüstung.

12. Was will Ihre Partei tun, um Spannungen mit Russland, China und dem Iran zu entschärfen?

Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir das Ziel einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens Russlands ist Voraussetzung, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und damit einhergehend die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängt.

Die wachsende Bedeutung Chinas in der Welt hat zur Folge, dass eine globale Antwort auf die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum ohne Peking vorstellbar ist. Interessens- und Wertekonflikte mit China nehmen zu. Europa muss den Dialog mit China über Kooperation und Wettbewerb geschlossen, konstruktiv und kritisch führen. Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Minderheiten, insbesondere uigurischen Muslimen, verurteilen wir. Für Honkong muss das international verbrieftes Prinzip "Ein Land - zwei Systeme" gewahrt bleiben. Wir betrachten mit großer Sorge den wachsenden Druck auf Taiwan.

13. Was hält Ihre Partei von einem Austritt aus der NATO?

Anders als etwa die Mitbewerber von der Linkspartei sind wir als SPD der Auffassung, dass gerade auch eine engagierte, nachhaltige Friedenspolitik von einer realistischen Analyse der Situation getragen werden muss. Einen Austritt aus der NATO halten wir für nicht zielführend, sogar verantwortungslos. Mittel- und langfristig benötigen wir eine weiter gestärkte gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, wozu auch der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee gehört. Trotz aller Kritik und trotz aller Differenzen mit NATO-Mitgliedern wie der Türkei, um nur ein Beispiel zu nennen, überwiegen aus deutscher und aus europäischer Sicht die Vorteile des NATO-Bündnisses.

14. Die Diskussion über die Bewaffnung von Drohnen ist nach wie vor nicht abgeschlossen, das betrifft sowohl die israelische HERON TP als Übergangslösung, als auch 21 sogenannte Eurodrohnen, die nach der Heron TP angeschafft werden sollen. Ist Ihre Partei für die Bewaffnung von Drohnen?

Die Diskussion hierzu ist innerhalb der SPD noch nicht abgeschlossen. Ich habe mich hierzu bereits in der Vergangenheit sehr skeptisch geäußert. Es gilt, erst anzuerkennen, dass Deutschland auch mit der Bundeswehr an internationalen Einsätzen beteiligt ist und die Soldatinnen und Soldaten alles an Ausrüstung erhalten sollten, was ihrem Schutz dient. Dazu gehören auch Drohnen - so wie diese bisher eingesetzt werden, vor allem zur Aufklärung, ist es nicht nötig, sie zu bewaffnen. Bewaffnete Drohnen werden allerdings bereits von anderen Staaten und auch von Terroristen eingesetzt, etwa im Syrienkrieg oder im jüngsten militärischen Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien, in dem in großem Umfang bewaffnete Drohnen eingesetzt wurden. Für mich wie für viele andere Sozialdemokraten überwiegt das immense, langfristige Risiko, dass die Hemmschwelle für militärische Kampfeinsätze, auch mit Verlusten in der jeweiligen Zivilbevölkerung, durch den Einsatz bewaffneter Drohnen sinken wird. Hinzu kommen die Gefahren teilautonom und voll-autonom operierender Waffensysteme. Letztere werden von der SPD konsequent abgelehnt.

Die Eurodrohne hat gegenüber der HERON TP den wichtigen Unterschied, dass sie ein gemeinsames europäisches Projekt ist, welches die EU unabhängiger von den USA machen würde. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat im April diesen Jahres Mittel für die weitere Entwicklung freigegeben. Allerdings lautet eine Bedingung, dass die Drohnen nicht bewaffnet werden dürfen. Ebenfalls muss dem Haushaltsausschuss als Voraussetzung für die Freigabe weiterer Mittel nun ab 2022 alle sechs Monate ein Bericht vorgelegt werden, sodass jeder weitere Schritt politisch neu bewertet werden kann.

15. Was tun Sie, um die Bewaffnung zu verhindern?

Derzeit haben wir die Bewaffnung der Drohnen klar ausgeschlossen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine solche Bewaffnung innerhalb der SPD eine Mehrheit finden würde.

16. Neue Waffensysteme wie das FCAS (Future Combat Air System oder „System der Systeme“) dürfen nach Meinung der Friedensbewegung nicht entwickelt werden. Es handelt sich hierbei um Tarnkappenbomber, die atomar bestückt werden können und von autonom agierenden, bewaffneten Drohnenschwärmen begleitet werden sollen. Was tut Ihre Partei, um derartige Projekte zu verhindern?

Rüstungsprojekte wie das FCAS haben für mich keine hohe Priorität.

17. Militär gehört zu den größten Klimakillern. Hat Ihre Partei hierfür eine Lösung?

Die Bundeswehr rangiert in Deutschland bei den Emissionen weit hinter den Sektoren Industrie, Gebäude und Verkehr - für die Auslandseinsätze liegen uns keine genauen Zahlen vor. Dennoch werden die Möglichkeiten für CO2-Einsparungen

auch bei der Bundeswehr berücksichtigt - die Reduzierung der Truppenstärke hatte hier bereits in den letzten Jahren einen positiven Effekt. Hinzu kommen Maßnahmen im Gebäudebereich bei der Bundeswehr sowie bei der Elektrifizierung von Antrieben. Laut Bundesverteidigungsministerium sind die Emissionen der Bundeswehr hierzulande von insgesamt 2,66 Millionen Tonnen CO2-Äquivalenten in 2005 auf 1,45 Millionen Tonnen in 2019 gesunken - das ist ein Rückgang um 45 Prozent!

Mit freundlichen Grüßen

Timon Gremmels, MdB

Timon Gremmels, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Fon: +49 30 227-783 06  
Fax: +49 30 227-703 06  
[timon.gremmels@bundestag.de](mailto:timon.gremmels@bundestag.de)  
[www.timon-gremmels.de](http://www.timon-gremmels.de)

Social Media:  
[fb.com/TimonGremmels](https://www.facebook.com/TimonGremmels)  
[instagram.com/gremmels](https://www.instagram.com/gremmels)  
[twitter.com/Timon\\_Gremmels](https://twitter.com/Timon_Gremmels)

\*\*\*SCHÜTZEN SIE SICH UND IHRE MITMENSCHEN - LADEN SIE JETZT DIE CORONA-WARN-APP  
AUF IHR SMARTPHONE\*\*\*